



## Bolivien – ein Pulverfass

Die Titelseite der letzten Ausgabe der Wochenzeitschrift Pulso zeigt ein Pulverfass. Dieses Bild beschreibt treffend die aktuelle Situation des Landes. Seit der Verabschiedung des Gesetzes über die Kohlenwasserstoffe, bei dem es vor allem um die Konditionen der Förderung und Vermarktung der Gasressourcen des Landes geht, kehrt keine Ruhe mehr ein.

### Parlament verabschiedete neues Kohlenwasserstoffgesetz

Mitte Mai verabschiedete das Parlament ein neues Kohlenwasserstoffgesetz. Im Vergleich zur bisherigen Situation werden die international agierenden Firmen mit einer festen Abgabe (*Royalties*) von 18 Prozent und einer Sondersteuer von 32 Prozent, die zu der zu zahlenden Mehrwert- und Gewinnsteuer hinzukommen, stärker zur Kasse gebeten als bisher.

Dies geht den von MAS (Movimiento al Socialismo/Bewegung zum Sozialismus) und COB (Gewerkschaftsdachverband) mobilisierten Organisationen der Zivilgesellschaft nicht weit genug. Sie fordern eine höhere Belastung der Firmen (MAS) oder gar die Verstaatlichung des gesamten Sektors und den „Hinauswurf“ aller transnationalen Firmen (COB). Dagegen beklagen Vertreter der Industrieverbände, dass dieses Gesetz mit seiner einseitigen Verschlechterung der Vertragsbedingungen für ausländische Firmen die Seriosität Boliviens als Investitionsstandort in Frage stellt und weitere, zur Ausbeutung des Gasreichtums erst noch notwendige Investitionen blockieren wird. Erste Ankündigungen dazu gab es vom staatlichen brasilianischen Energieriesen PetroBras, einem der größten ausländischen Investoren in diesem Sektor.

Präsident Carlos Mesa, der letztere Befürchtungen teilt, hat sich vor diesem Hintergrund geweigert, das Gesetz zu unterschreiben. Dabei hat er aber seine nach der Verfassung vorgesehenen Einspruchsmöglichkeiten nicht wahrgenommen und somit die Verabschiedung des Gesetzes dem Parlamentspräsidenten Hermandó Vaca Díez überlassen.

### Massenproteste in La Paz

Da sich die MAS, die im Parlament keine Mehrheit für ihre Vorstellung fand, nicht mit dem Gesetz abfinden will, organisierte sie unter Anführung von Evo Morales in den letzten Wochen den Widerstand auf der Strasse. Seit vergangenem Montag, 23. Mai 2005 finden täglich Demonstrationen statt, die an Intensität und Härte Tag für Tag zunahm. Dazu sind rund 15.000 Land- und Minenarbeitern sowie Cocabauern nach El Alto und La Paz gekommen. Diese legten sowohl den Regierungssitz La Paz als auch die auf dem Altiplano liegende Stadt El Alto lahm, von der morgen für morgen Tausende Richtung Zentrum des Regierungssitzes herunterzogen. Beim Versuch, Parlament und Regierungspalast an der Plaza Murillo zu stürmen und zu schließen, wurden sie von Polizei und seit vergangenem Mittwoch auch vom Militär zurückgehalten. Während die Demonstranten Dynamitstangen warfen, setzten die Ordnungskräfte Wasserwerfer und Tränengas ein.

Neben der Verstaatlichung des Öl- und Gassektors fordern die Demonstranten die Durchführung der „Verfassungsgebenden Versammlung“ in diesem Jahr, sowie die Ablehnung der vor allem im Departement Santa Cruz (Bolivien ist neun Departements eingeteilt) eingeforderten Autonomie, zu deren Volksabstimmung die Regierung nach einem Bürgerbegehren mit mehreren hundert tausend Unterschriften aber gesetzlich verpflichtet ist (vgl. dazu Schlüssel Info 2/2005: Zerfällt Bolivien?).

SchlüsselInfoBolivien darf gerne weitergegeben werden; Rückmeldungen sind erwünscht.

Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben, außerdem wird ein Belegexemplar (Mail) erbeten.

Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:

E-Mail [accesopublico@entelnet.bo](mailto:accesopublico@entelnet.bo), Tel-Fax (xx591-2-)2124413, Postfach/Casilla 9564 La Paz-Bolivien.



Außerdem sind immer mehr Stimmen zu hören, die den Rücktritt von Carlos Mesa als Präsident fordern, der von der parlamentarischen wie außerparlamentarischen Opposition mehr und mehr als Interessenvertreter der transnationalen Firmen angesehen wird. Insbesondere seit seinem zögerlichen Verhalten bei dem Kohlenwasserstoffgesetz, das mit der Nichtunterzeichnung desselben und der Übergabe an den Parlamentspräsidenten endete, hat Carlos Mesa sehr viel an Akzeptanz verloren, und der Ruf nach einer „starken Hand“ wird angesichts des eklatanten Verfalls staatlicher Autorität und Institutionen im Lande stärker.

## **Präsident verkündete bis 2007 weiter zu regieren**

Während um die Plaza Murillo herum Straßenkämpfe zwischen Demonstranten und Ordnungshütern tobten, fand der Präsident am vergangenen Dienstagnachmittag auf entsprechenden Schleichwegen durch die blockierte Stadt zum Flughafen. Von dort aus begab er sich in die verfassungsmäßige Hauptstadt Sucre, um an den Feierlichkeiten zum Freiheitstag der Nation teilzunehmen.

Dort bekräftigte er, bis zum Ende der Legislaturperiode im August 2007 weiter zu regieren. Den Konflikt zwischen den Forderungen nach einem Referendum zur Autonomie und der Durchführung der „Verfassungsgebenden Versammlung“ möchte Präsident Carlos Mesa dadurch lösen, dass er noch im Jahr 2005 beides durchführen will, was er in seiner Rede in Sucre versprach. Allerdings kann diese Rechnung nicht ohne das Parlament aufgehen, das zunächst ein Gesetz zur Einberufung der „Verfassungsgebenden Versammlung“ beschließen müsste, das unter anderem die strittige Frage der Wahlmodalitäten klären müsste. Die gesellschaftlichen Kräfte im Umfeld des MAS erwarten sich einen Wahlmodus, der den von ihnen angeführten Indigenen und Standesorganisationen zusätzliche Vertreter beschere würde, mit denen sie ihre bei allgemeinen Wahlen die 25%-Marke nicht übersteigende Repräsentation entscheidend ausdehnen könnten.

## **Fronleichnam und bolivianischer Muttertag bringen kurzfristige Entspannung**

Mit seiner Rede zum Freiheitstag der Nation gelang es dem Präsidenten nicht, die Situation zu beruhigen. Die Demonstrationen und Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Ordnungskräften nahmen am darauf folgenden Tag zu und es gab von Regierungsseite bestätigte Gerüchte um einen Putsch einiger Militärs. Gott sei Dank scheint es bei Gerüchten zu bleiben.

Entspannung in der äußerst angespannten Lage bringen wohl der Feiertag Fronleichnam sowie der bolivianische Muttertag am Freitag, dem 27. Mai.

Angesichts dessen haben Evo Morales und die Kleinbauern eine Ruhepause bis Dienstag ausgerufen und fordern bis dahin vom Parlament die Einsetzung der „Verfassungsgebenden Versammlung“. Von El Alto dagegen kam die Nachricht, dass der Streik nach Fronleichnam fortgesetzt wird. Dadurch soll das Parlament unter Druck gesetzt werden. Sollte dieses nicht auf die Forderungen der Strasse eingehen, ist davon auszugehen, dass Streiks, Demonstrationen und Blockaden verschärft werden.

So stehen auch weiterhin angespannte Tage, wenn nicht sogar Wochen ins Haus. Hoffen wir, dass das Pulverfass nicht explodiert.

Jürgen Leonhard